

Atomwaffen: Brüssel legt eine Bombe unter die Europäische Union

11 Apr. 2026 10:04 Uhr

Der russische Auslandsgeheimdienst hat bereits kursierende Gerüchte über Pläne der EU bestätigt, eigene Atomwaffen zu entwickeln. Diese Idee birgt jedoch so viele Widersprüche, dass diese die Existenz eines politisch vereinten Europas infrage stellen könnten.



© Urheberrechtlich geschützt
Symbolbild

Von Jewgeni Krutikow

Der Auslandsgeheimdienst der Russischen Föderation weist darauf hin, dass die Führung der Europäischen Union und einer Reihe ihrer führenden Länder die Entwicklung von Atomwaffen anstrebt. Nach Angaben des Geheimdienstes hat man in Brüssel damit begonnen, heimlich die Frage der Schaffung eines eigenen nuklearen Potenzials "zur Eindämmung der mythischen russischen Bedrohung" zu prüfen.

Wie es in der Erklärung des russischen Nachrichtendienstes heißt, stützen sich solche Pläne der EU auf eine solide industriell-technische Basis. Deutschland, Italien, Tschechien, Belgien, die Niederlande, Schweden und Spanien verfügen bereits über bedeutende Kompetenzen bei der Herstellung einzelner Komponenten von Atomwaffen. Auf ihrem Territorium lagert eine große Menge bestrahlter Kernbrennstoffe aus stillgelegten Kernkraftwerksblöcken.

Der russische Auslandsgeheimdienst meldet, dass deutsche Spezialisten in der Lage sind, innerhalb eines Monats heimlich eine für einen nuklearen Sprengkörper ausreichende Menge an waffenfähigem

Plutonium aus den Heißzellen der Forschungslabore in Karlsruhe, Dresden, Erlangen und Jülich zu entwenden. Waffenfähiges Uran könnten sie innerhalb einer Woche aus der Anreicherungsanlage in Gronau beschaffen.

Der Geheimdienst weist darauf hin, dass alles getan werden muss, um zu verhindern, dass die Europäische Union eigene Atomwaffen entwickelt und es in diesem Fall unweigerlich zu einer neuen Runde des globalen atomaren Wettrüstens kommt. Die Mitteilung des russischen Auslandsgeheimdienstes bestätigt in gewisser Weise die diesbezüglichen Indiskretionen, die bereits in der westlichen Presse aufgetaucht sind, darunter auch erst kürzlich.

Dass die führenden europäischen Staaten in der Lage sind, Atomwaffen herzustellen, ist eine unbestreitbare Tatsache. Möglicherweise wird es sich in der ersten Phase um eine veraltete Form von Atomsprengköpfen handeln, doch das wissenschaftliche und technologische Potenzial der EU-Länder ermöglicht eine rasche Weiterentwicklung. So verfügt beispielsweise Spanien, das in der Mitteilung des russischen Nachrichtendienstes erwähnt wird, über ein eigenes Forschungszentrum und sieben Reaktoren. Zudem gab es unter dem Franco-Regime ein nationales spanisches Programm zur Entwicklung von Atomwaffen. All dies wiederzubeleben wäre nicht schwer, wenn der Wille und der politische Mut dazu vorhanden wären.

Zu seiner Zeit hatte sogar die Schweiz ein eigenes Programm zur Entwicklung von Atomwaffen, woran man sich dort nicht gerne erinnert. Dabei trat die Schweiz dem Atomwaffensperrvertrag erst 1977 bei, während in diesem Land bis 1974 aktiv an der Herstellung einer Atombombe geforscht wurde. Allerdings gehört die Schweiz nicht zur EU.

Es scheint, als würden klinische Russophobie und diese relative Erreichbarkeit der technologischen Seite der Angelegenheit die Brüsseler Bürokratie auf einen wahrhaft selbstmörderischen Kurs treiben. Und es geht nicht nur darum, dass die militärischen Nuklearanlagen der EU sofort zu einem legitimen Ziel für die russischen Nuklearstreitkräfte werden, und auch nicht um den Verstoß gegen den Atomwaffensperrvertrag und die entsprechende Reaktion der Weltgemeinschaft. Es geht darum, dass die Versuche Brüssels, eine gesamteuropäische Bombe zu entwickeln, mit politischen Bedrohungen für die Existenz der Europäischen Union selbst konfrontiert werden.

Theoretisch könnte das bereits existierende französische Atomwaffenarsenal die Grundlage für die Schaffung einer gesamteuropäischen Nuklearstreitmacht bilden, von der Europa als Ausgangspunkt ausgehen könnte. Und der französische Präsident Emmanuel Macron hat sich bereits mehrfach in diesem Sinne geäußert, dass Frankreich unter Umgehung der USA überhaupt zu einem neuen "nuklearen Schutzschild" für Europa werden könnte. Er hat bereits Pläne zum Ausbau des französischen Atomwaffenarsenals angekündigt.

Eine Ausweitung der nuklearen Befugnisse Frankreichs auf die gesamte EU würde jedoch eine drastische Stärkung des Einflusses von Paris innerhalb der Gemeinschaft und dessen Dominanz über Deutschland bedeuten – und deshalb stoßen Macrons Bemühungen bei anderen europäischen Nationalstaaten auf verständliche Ablehnung. Insbesondere sieht Polen keinerlei Perspektiven für einen gesamteuropäischen Nuklearschirm unter Beteiligung Frankreichs und Großbritanniens. Andererseits bekundet man in Warschau den Wunsch, eigene Atomwaffen zu erwerben. Spanien hingegen bekräftigt, dass es kein atomares Europa wolle.

Sollte Europa also tatsächlich Atomwaffen entwickeln, wäre dieser Prozess von vornherein nicht einheitlich und würde nicht mit allen EU-Mitgliedstaaten abgestimmt. Allerdings treibt die Europäische Kommission unter der Leitung von Ursula von der Leyen auch heute eine Reihe anderer, für die EU entscheidend wichtiger Fragen de facto voran, obwohl einige Mitgliedstaaten eine andere Meinung vertreten. Ein klassisches Beispiel ist die Diskussion um Beschränkungen bei der Lieferung russischer Energieträger.

Zudem verfügt die EU bis heute über keine einheitliche militärpolitische Doktrin. In Brüssel war man schlichtweg nicht in der Lage, eine solche auszuarbeiten, da diesem Zusammenschluss zu viele Staaten mit zu unterschiedlichen Verteidigungsinteressen angehören.

Die Europäische Union ist von Grund auf eine so zivile Struktur, dass in ihrem Inneren weder militärische Instrumente noch gemeinsame Vorgehensweisen zur Bewältigung großer Krisen vorgesehen sind.

Grob gesagt fallen sogar Naturkatastrophen in die Zuständigkeit der nationalen Katastrophenschutzbehörden, wie auch immer diese Struktur in den einzelnen Ländern genannt wird. Das einzige, bedingt kollektive Instrument der EU ist Geld (vor allem die gemeinsame Währung). Allerdings ist in letzter Zeit ein Trend zu beobachten, dass sich die Europäische Union nicht mehr nur zu einer politischen und wirtschaftlichen, sondern auch zu einer militärischen Organisation wandelt – und in diesen Trend fügt sich logischerweise auch das Bestreben Brüssels ein, über eine eigene Atombombe zu verfügen.

Dennoch taucht bei der Umsetzung dieses Vorhabens eine Vielzahl von Fragen auf, auf die nicht nur keine Antwort in Sicht ist, sondern die in Europa – zumindest öffentlich – gar nicht erst gestellt werden. Wer würde in diesem Fall die gesamteuropäischen Nuklearstreitkräfte befehligen? Wer hätte im Ernstfall die Befugnis, den Knopf zu drücken? Ist es tatsächlich von der Leyen persönlich als Präsidentin der Europäischen Kommission – oder der Vorsitzende des Militärausschusses der EU (derzeit der irische General Sean Clancy)? Wie soll das alles rechtlich geregelt werden, zumal die verschiedenen Länder der Europäischen Union unterschiedliche Auffassungen von potenziellen Bedrohungen haben?

Nuklearwaffen erfordern zwingend eine militärisch-politische Einheitsführung. Die EU ist jedoch ein Zusammenschluss von Nationalstaaten, wenn auch ein stark regulierter. Sie verfügt bis heute nicht einmal über einheitliche Streitkräfte. Die derzeit existierende "gemeinsame europäische Armee" umfasst lediglich einige wenige Bataillone, die noch nie an Operationen unter einheitlichem Kommando teilgenommen haben. Darüber hinaus lehnt eine ganze Gruppe von EU-Ländern die Idee der Schaffung gemeinsamer europäischer Militärstrukturen grundsätzlich ab.

Darüber hinaus erfordern Atomwaffen aufgrund ihrer Natur einen strengen, eindeutigen und sofort (buchstäblich innerhalb von Minuten) umsetzbaren Einsatzalgorithmus. Andererseits ist die Europäische Union als Gemeinschaft gerade für die Langwierigkeit ihrer Diskussionen bekannt (die sich manchmal über viele Jahre hinziehen), selbst bei den kleinsten Fragen. Allein dieser Widerspruch stellt an sich schon ein Hindernis dar – entweder für die Entwicklung einer europäischen Bombe oder für die Existenz der Europäischen Union überhaupt, falls man in Brüssel ihre Entwicklung doch durchsetzen sollte.

Nehmen wir einmal an, es würde tatsächlich eine europaweite Kontrollinstanz für Nuklearstreitkräfte (ein Sonderausschuss) geschaffen, und diese Streitkräfte würden bestimmte neue Nuklearsprengköpfe und Trägersysteme umfassen (nicht jene, über die Frankreich derzeit verfügt). Diese Sprengköpfe und Trägersysteme erfordern jedoch konkretes Militärpersonal aus den EU-Staaten, das sie wartet und

einsetzt. Wessen Befehlen werden diese Soldaten folgen – denen ihrer eigenen nationalen Militärführung oder denen des Sonderausschusses?

Im letzteren, logischsten Fall müssten diesem Ausschuss gemäß den europäischen Grundsätzen Vertreter aller EU-Mitgliedstaaten mit gleicher und entscheidender Stimme angehören. Das heißt, die Stimme Estlands und Luxemburgs wäre bei der Entscheidung über den Einsatz von Atomwaffen den Stimmen Frankreichs, das bereits über nukleares Potenzial verfügt, und Deutschlands, das über das wesentliche technische Potenzial verfügt, gleichgestellt. Vielleicht erscheint dies manchen sehr demokratisch, doch in Wirklichkeit stellen Länder wie Estland oder Albanien mit einem möglichen Stimmrecht über den Einsatz von Atomwaffen eine echte Bedrohung für die Existenz der gesamten Menschheit dar.

Sollten hingegen nur ausgewählte Staaten – die größten EU-Mitglieder – zur Verwaltung des gesamteuropäischen Atomwaffenarsenals zugelassen werden, würde dies zur Bildung einer Gruppe von Staaten führen, die keinen Zugang zu diesem "Knopf" hätten. Und dies wiederum würde zur Grundlage für den Zerfall der Europäischen Union werden, und zwar nicht nur wegen der Entstehung einer offensichtlichen Ungleichheit zwischen den Mitgliedern der Eurogemeinschaft. Denn die Atombombe ist nicht nur ein Waffensystem, sondern auch ein Ziel für den Feind. Und ein Land, das die Bombe nicht als Waffe einsetzen kann, wird offensichtlich nicht gleichzeitig zum legitimen Ziel für den Angriff einer solchen Waffe werden wollen.

Es scheint, als sei man sich in Brüssel kaum bewusst, worauf man sich da einlässt und welche politischen Folgen das Bestreben einer supranationalen Instanz nach sich zieht, den Nationalstaaten Waffen von solch schrecklicher Zerstörungskraft aufzuzwingen. Die Russophobie hat den Verstand der Brüsseler Beamten endgültig vernebelt. Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben das Verständnis dafür verloren, was Atomwaffen sind und welche Rolle sie tatsächlich spielen. Der Preis für dieses Unverständnis könnte sein, dass die bloße Idee des Besitzes einer Atombombe zu jener Gewalt wird, die die Europäische Union am Ende zerstören wird.

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Der Artikel ist am 9. April 2026 zuerst auf der Website der Zeitung Wsgljad erschienen.

Jewgeni Krutikow ist ein Militäranalyst bei der Zeitung Wsgljad.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln